

Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?

*Jan W. van Deth*¹

1. Einführung

In traditionellen Betrachtungen zu politischer Partizipation gelten soziale Kontakte als wichtige Ressourcen (sowohl formeller als auch informeller Natur), die mitentscheiden, in welchem Maße sich Bürger politisch engagieren. Im Rahmen der Debatte über ‚soziales Kapital‘ hat diese Interpretation in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit erfahren. Die Konsequenzen der Beteiligung an Vereinen und Verbänden werden durchweg als sehr positiv bewertet. Empirische Analysen zeigen, dass insbesondere Wahlbeteiligung und Beteiligung an so genannten konventionellen Formen politischer Partizipation durch soziales Engagement der Bürger gefördert werden. In diesem Sinne ist soziale Beteiligung sicher als eine ‚Schule der Demokratie‘ zu betrachten.

In diesem Beitrag steht die Verknüpfung sozialer und politischer Beteiligung der Bürger im Vordergrund. Ausgangspunkt ist nicht, wie üblich, der potentielle Ertrag sozialer oder politischer Partizipation, sondern die These, dass beide Arten von Aktivitäten eng miteinander verbunden sind und einander unterstützen (oder hemmen). Die beiden Formen werden deswegen auch eher als Ergänzungen denn als Alternativen oder Zwillinge betrachtet.

Die detaillierte Messung sozialer und politischer Beteiligung im ALLBUS 1998 ermöglicht eine Analyse unterschiedlichster Formen sozialer und politischer Beteiligung. Auf der Basis eines Vergleiches dieser Daten mit ähnlichen Fragen in früheren Erhebungen (insbesondere ALLBUS 1988) ist es möglich, die Entwicklungen in diesem Bereich zu analysieren und die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern darzustellen. Um die kulturellen Besonderheiten der beiden Teile Deutschlands angemessen zu berücksichtigen, werden hier äquivalente (d.h.: nicht-identische) Indikatoren für soziale und politische Beteiligung verwendet.

¹ Sonja Zmerli bin ich für die Hilfe bei der Aufarbeitung der Daten sowie bei der redaktionellen Abfassung dieses Beitrages zu besonderem Dank verpflichtet.

2. Partizipation erzeugt Partizipation²

Die mobilisierende Funktion von freiwilligen Vereinen und Verbänden scheint auf unterschiedlichsten Formen struktureller Einflüsse auf politisches Engagement zu beruhen: freiwillige Organisationen bieten die Gelegenheit, sich in verschiedenartigen Kontexten zu bewegen; Mitglieder freiwilliger Organisationen sind dies häufig gemeinsam mit anderen Mitgliedern ihrer Primärgruppe, in anderen Worten: Sekundär- und Primärgruppen überschneiden sich; Vereinsaktivität fördert das Knüpfen von Freundschaften und Diskussionsnetzwerken und bietet ein mehr oder weniger homogenes Umfeld. Die Teilnahme an freiwilligen Organisationen wird daher als ein bedeutender Faktor für politisches Engagement erachtet. Ein relativ hohes Maß an sozialer Partizipation geht mit einem höheren Niveau politischen Engagements einher, während - *ceteris paribus* - jeglicher Rückgang aktiver sozialer Partizipation in eine Verringerung des Niveaus politischer Partizipation münden sollte.³

Die Abhängigkeit politischer Beteiligung von sozialem Engagement kann man auf unterschiedliche Art und Weise begründen. Bereits seit den späten 40er- und 50er-Jahren wiesen Studien, die sich mit dem Verhältnis zwischen Sozialstruktur und politischem Engagement auseinandersetzten, auf die Bedeutsamkeit sozialer Kontakte und Kontexte für politische Handlungen hin. Gemäß den berühmten Worten von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern: „a person thinks, politically, as he is, socially“ (1948: 27). So können sich zunächst aus dem sozialen Umfeld überschneidende Handlungszwänge ergeben, die einen Einfluss auf das individuelle Verhalten ausüben („cross-pressures“). Diese durch das soziale Umfeld verursachten Effekte treten sogar noch deutlicher hervor, wenn wir den Einfluss von Gruppenmitgliedschaft auf politisches Engagement betrachten. So beeinflusst die Zugehörigkeit zu bestimmten Minderheiten sowohl Wahlverhalten als auch politische Einstellungen. Eine einfache Erklärung wäre, dass Bürger, die ihre Interessen bedroht sehen, nach Möglichkeiten suchen, um diese Situation zu ändern. Wenn eine Anzahl von Personen ähnliche Nachteile erfährt, ist daher zu erwarten, dass sich eine Gruppe bildet, um die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen. Das Problem hierbei ist jedoch, dass die höchsten Expansions- (oder Gründungs-)raten von

2 Teile dieses Abschnittes umfassen eine überarbeitete Version der Argumente, die in einem ausführlichen Überblick einschließlich detaillierter Literaturangaben zu diesem Thema (van Deth 1997a: 8-14) präsentiert werden.

3 Damit Missverständnisse vermieden werden: die Verknüpfungen sozialer und politischer Beteiligung sind in diesem Aufsatz rein empirisch und nicht normativ betrachtet. Siehe für eine kritische Analyse dieser Verknüpfungen aus empirischer und normativer Sicht Fiorina (1999).

Vereinen und Verbänden nicht in Zeiten offenkundiger Not oder unter den am meisten benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen zu beobachten sind (Olson 1965). Objektive Benachteiligung oder bedrohte Interessen scheinen daher kein viel versprechender Ausgangspunkt für eine Erklärung des Zusammenhangs zwischen Aktivitäten in freiwilligen Organisationen und politischer Partizipation der Bürger zu sein.

Eine weitere Interpretationsmöglichkeit konzentriert sich auf den Einfluss interpersoneller Netzwerke oder Diskussionsnetzwerke, wie sie insbesondere unter Freunden oder Nachbarn geknüpft werden. Diese Variante ist eng mit einem anderen Typ des strukturellen Einflusses verknüpft: in ökologischen Modellen werden hier die Bedeutungen von Rahmenbedingungen betont, wie z.B. der durchschnittliche sozioökonomische Status in einer Wohngegend oder das aggregierte Niveau der Parteizugehörigkeit. Derartige Aspekte werden in der Regel auch unter dem Begriff der ‚political opportunity structure‘ zusammengefasst. Diese gilt als wichtige Determinante des Bürgerengagements.

Wenn man diese unterschiedlichen Erklärungen und Interpretationen zusammenfasst, wird offensichtlich, dass die in freiwilligen Organisationen bestehenden Möglichkeiten zur Ausbildung von Fähigkeiten und Kompetenzen eine wichtige Rolle bei der politischen Mobilisierung spielen. Olsen fasst die existierenden Interpretationen auf neutrale Weise wie folgt zusammen:

„... involvement in voluntary, special-interest, *nonpolitical* associations will in time activate individuals politically. There are many reasons why such participation can increase individual political activity: (1) it broadens one's sphere of interests and concerns, so that public affairs and public issues become more salient for him. (2) It brings an individual in contact with many new and diverse people, and the resulting relationships draw him into public affairs and political activity. (3) It increases one's information, trains him in social interaction and leadership skills, and provides other resources needed for effective political action.“ (1972: 318; kursiv im Original)

Zahlreiche Autoren berichten von empirischen Ergebnissen, die die Annahme eines positiven Verhältnisses zwischen sozialen und politischen Aktivitäten eindeutig unterstützen. Obwohl einige Studien - wie erwähnt - auf diesen positiven Zusammenhang bereits in den 40er- und 50er-Jahren hinwiesen, wurde diese Argumentation in besonderem Maße von Almond und Verba Vorstellung einer ‚civic culture‘ gefördert, d.h. eine Bürgerkultur, die durch individuelle Beteiligung und Mitgliedschaft in den verschiedensten Formen sozialer und politischer Organisationen gekennzeichnet ist. Die empirischen Befunde, die von Almond und Verba (1963) für fünf Länder erhoben wurden, belegen in der Tat, dass Mitglieder freiwilliger Organisationen über ein höhe-

res Maß an politischem Sachverstand, sozialem Vertrauen, politischer Partizipation und subjektiven zivilgesellschaftlichen Kompetenzen verfügen als Personen, die nicht in derartigen Organisationen engagiert sind. Ein weiteres prominentes Beispiel ist die Arbeit von Verba und Nie Anfang der 70er-Jahre. Sie stellten fest, dass Personen eher Fähigkeiten entwickeln, die für politische Entscheidungsprozesse genutzt werden können und ihre Motivation zur Teilnahme an diesen Entscheidungen erhöhen, je stärker sie sich in sozialen Organisationen engagieren (Verba und Nie 1972: 186; siehe auch Verba et al. 1995).

Die wiederholte Betonung eines positiven Zusammenhangs zwischen sozialer und politischer Beteiligung sollte jedoch nicht dazu führen, dass andere Erklärungen und Interpretationen außer Betracht bleiben. Aus mehreren Gründen kann auch ein *negativer Zusammenhang* erwartet werden. Dies gilt besonders dann, wenn nicht nur Beteiligung im Allgemeinen, sondern Beteiligung in einem bestimmten Zeitraum berücksichtigt wird (Leighley 1992). Einfache praktische Gründe können hierfür geltend gemacht werden: Unabhängig von der Art der Aktivität kostet ernsthaftes Engagement ein beträchtliches Maß an Zeit, das für andere Aktivitäten dann nicht mehr zur Verfügung steht. Außerdem stellen politische und soziale Aktivitäten Freizeitaktivitäten dar, und ein eingeschränkter zeitlicher Rahmen setzt einem gleichzeitigen intensiven Engagement in Bezug auf mehrere Aktivitäten Grenzen. Mit anderen Worten: die Teilnahme an freiwilligen Organisationen könnte die Wahrscheinlichkeit eines relativ hohen Maßes an politischem Engagement verringern, da dem Durchschnittsbürger ganz einfach die Zeit für beide Aktivitäten fehlt.

Eine etwas anspruchsvollere Interpretation des negativen Zusammenhangs zwischen sozialer und politischer Partizipation liefert Hirschman (1979). Er geht nicht einfach davon aus, dass die zeitliche Investition in eine Aktivität für eine weitere nicht mehr getätigt werden kann, sondern leitet seine Schlussfolgerung von der Diskrepanz zwischen Erfahrungen und Erwartungen ab. Von besonderer Bedeutung ist nach Hirschman, dass nahezu jeder neue Teilnehmer tendenziell den notwendigen Zeitaufwand für öffentliche Aktivitäten unterschätzt. In der Folge weichen die (subjektiven) Erfahrungen der Teilnehmer von deren ursprünglichen Erwartungen ab. Dies führt zu Frustrationen und schließlich zu einer nochmaligen Bewertung der Aktivitäten und Verpflichtungen (Hirschman 1979: 100-1). Obwohl sich Hirschman auf die *Verlagerung des Engagements* zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich konzentriert, kann sein Ansatz ebenfalls auf die Verschiebung zwischen sozialen und politischen Engagementformen angewandt werden. Es scheint, als konzentrierten Personen ihre Aktivitäten entweder auf den privaten, sozialen oder den politischen Bereich und als würden

sie ihre Interessen nach und nach von einem Bereich auf den anderen verlagern. Folge davon ist, dass soziales und politisches Engagement zu jedem Zeitpunkt negativ korrelieren sollten.

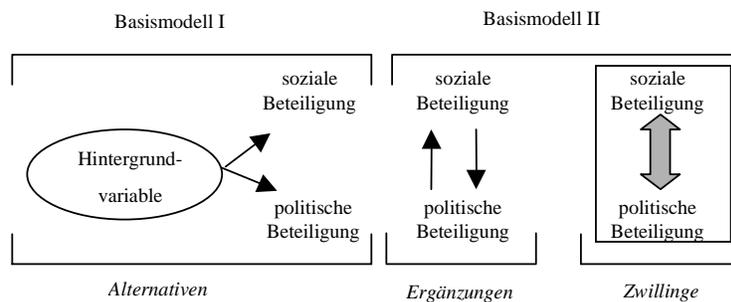
3. Soziale und politische Beteiligung: theoretische Überlegungen und veröffentlichte Ergebnisse

Den unterschiedlichen Erklärungen zum Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Partizipation können im Prinzip zwei Basismodelle zugeordnet werden. Das erste Basismodell beruht auf der Annahme, dass es keine direkte kausale Verbindung zwischen Aktivitäten in freiwilligen Vereinigungen und politischem Engagement gibt. Mögliche positive Korrelationen ließen sich mit der Existenz einer Scheinkorrelation zwischen beiden Faktoren begründen, sofern beispielsweise das Bildungsniveau oder der Grad politischer ‚efficacy‘ sowohl für ein hohes Niveau sozialer Partizipation als auch für ein hohes Maß politischen Engagements verantwortlich wären. Soziale und politische Beteiligung werden hier als *Alternativen* bezeichnet. Beide Formen des Engagements schließen sich nicht notwendig gegenseitig aus. Wenn Bürger ihre Verpflichtungen von einem Bereich auf den anderen verlagern, kann es sogar negative Korrelationen geben. Grund dieses Negativzusammenhangs ist - je nach Perspektive - entweder schlicht mangelnde Zeit oder Frustration aufgrund der Diskrepanz zwischen Erfahrung und Erwartung (s.o.).

Vorstellbar ist außerdem ein zweites Basismodell, das den Zusammenhang zwischen sozialer Beteiligung und politischem Engagement aufzeigt. Bereits seit Ende der 40er-Jahre bildet der Einfluss des sozioökonomischen Status der Bürger (Bildung, Einkommen, Beruf) den Schwerpunkt jeglicher Erklärung im Hinblick auf politisches Engagement (Milbrath und Goel 1977: 90). Mitgliedschaft in Organisationen oder Aktivitäten in Vereinen und Verbänden sind gängige Bestandteile dieser Ansätze und werden in der Regel als direkte Effekte des sozioökonomischen Status betrachtet. Soziale Partizipation beeinflusst dann das Niveau politischen Engagements; politische Orientierungen fungieren in diesem Zusammenhang als intermediäre Faktoren. Die Argumentation führt zu zwei Varianten dieses Basismodells: wird die Verknüpfung von sozialer und politischer Beteiligung als *Ergänzung* betrachtet, so wird eine der beiden Partizipationsformen für gewöhnlich angewendet, wenn die andere Partizipationsform bereits genutzt wurde. Gelten soziale und politische Partizipation als *Zwillinge*, so wird davon ausgegangen, dass beide Partizipationsformen immer gemeinsam auftreten. Der Unterschied dieser beiden Varianten ist also, dass für *Ergänzungen* die Benutzung der einen

Form nicht zwingend zur Benutzung der anderen führt, während bei Zwillingen beide Formen immer gemeinsam auftreten. In Abbildung 1 sind die beiden Basismodelle und die drei Varianten schematisch dargestellt. Das erste Basismodell ist gekennzeichnet durch die Existenz einer gemeinsamen Hintergrundvariable, welche zu einer Scheinkorrelation zwischen sozialer und politischer Partizipation führt. Wenn diese gemeinsame Hintergrundvariable außer Betracht bleibt, dann kann der direkte Zusammenhang der beiden Partizipationsformen entweder positiv oder negativ sein. Für das zweite Basismodell sind die möglichen direkten Verknüpfungen beschränkt auf positive Effekte in eine bestimmte Richtung (*Ergänzungen*) oder auf positive, rekursive Verknüpfungen, welche nicht voneinander zu trennen sind (*Zwillinge*).

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Beteiligung



Welche dieser drei Varianten kann auf Grund bereits veröffentlichter empirischer Ergebnisse schon jetzt akzeptiert oder verworfen werden? Aufgrund der Vielfalt an Definitionen und Operationalisierungen, die für politisches Engagement, soziale Beteiligung oder den sozioökonomischen Status genutzt werden, ist die Formulierung allgemeiner Schlussfolgerungen auf der Basis existierender Literatur eine riskante Angelegenheit. Dennoch besitzen einige wenige Ergebnisse einen solch allgemein anerkannten Charakter, dass ihre Gültigkeit unbestritten scheint.

Erstens weisen Forschungsergebnisse weder negative Korrelationen noch Scheinkorrelationen zwischen sozialer Beteiligung und politischem Engagement nach. Wenige Ausnahmen bestätigen hier die Regel: Leighley (1992) berichtet von einem negativen Zusammenhang zwischen dem Aktivitätsgrad in Organisationen und konventionellen Formen der politischen Beteiligung und stellt damit insbesondere die Ergebnisse von Verba und Nie (1972) sowie Pollock (1982) in Frage. Ellison und London (1992) weisen Scheinkorrelationen nach, jedoch werden in ihren Modellen soziale und politische Partizipation als abhängige Variablen behandelt. In Anbetracht der großen Anzahl von

Analysen, die positive Zusammenhänge berichten (vgl. van Deth 1997a: 14), bilden derartige Forschungsergebnisse allerdings eher die Ausnahme. Folglich scheint das Modell, das soziale und politische Partizipation als einander ausschließende *Alternativen* darstellt, nicht durch eine Vielzahl empirischer Beweise gestützt zu werden. Im Hinblick auf den geringen zeitlichen Aufwand, den der Gang zur Wahlurne oder die Teilnahme an einer Veranstaltung erfordert, überrascht diese Schlussfolgerung kaum. Für andere Partizipationsformen wäre eine negative Korrelation allerdings häufiger zu erwarten. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall.

Zweitens kann in den meisten Analysen zur Wahlbeteiligung ein eindeutiger, positiver und direkter Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Partizipation festgestellt werden. Dies gilt sogar dann, wenn der sozioökonomische Status oder politische Orientierungen berücksichtigt werden. Derselbe Zusammenhang kann im Rahmen von Längsschnittmodellen nachgewiesen werden. Olsens Hypothese - „participation rates in voluntary associations will be positively related to voting turnout, whatever the nature of the association“ (1972: 319) - erscheint heute noch genauso gültig wie vor 30 Jahren. Obwohl gelegentlich auf das Fehlen eines eindeutigen Zusammenhangs zwischen Wahlbeteiligung und sozialer Beteiligung hingewiesen wird oder die Stärke dieses Zusammenhangs als gering dargestellt wird, gibt es genügend Hinweise auf eine eindeutige positive Verknüpfung von Aktivitäten in freiwilligen Organisationen und Wahlverhalten. Fraglich bleibt jedoch die Richtung dieses Zusammenhangs, da in der Regel keine Überprüfung bezüglich rekursiver Modelle vorgenommen wird. Allerdings scheint das alte Diktum Dahls noch immer gültig, das da besagt, dass „joining organizations and participating in politics reinforce one another“ (1961: 299).

Drittens gelangt man zu einer ähnlichen Schlussfolgerung, wenn neben der Wahlbeteiligung auch andere konventionelle Formen politischer Partizipation betrachtet werden (z.B. der Besuch von Wahlveranstaltungen oder das Verfassen von Briefen an Politiker). Auch in diesem Fall scheint eine positive Verknüpfung klar von den empirischen Ergebnissen gestützt zu werden (vgl. van Deth 1997a: 14). Forschungsergebnisse über den Einfluss von Aktivitäten in freiwilligen Organisationen auf Mitgliedschaften in Parteien bestätigen diese Annahme.

Viertens wurde in wissenschaftlichen Arbeiten über freiwillige Vereinigungen der Einfluss sozialer Partizipation auf den Gebrauch von unkonventionellen Formen politischer Partizipation (Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Verkehrsblockaden, usw.) weniger intensiv berücksichtigt. Opp und Gern (1993) folgern, dass ‚Gruppenmitgliedschaft‘ keinen Effekt auf die Beteiligung an Demonstrationen ausübt. Einige andere Autoren berichten hingegen über positive und direkte Effekte (z.B. Siisiäinen (1992) für Finnland).

Schließlich bleibt zu erwähnen, dass weitere Spezifizierungen des Zusammenhangs zwischen sozialer und politischer Beteiligung keine drastischen Konsequenzen für die vorangestellten Schlussfolgerungen haben, obwohl Aktivitäts- und Verpflichtungsgrad sowie Konfliktpunkte, Art der Organisationen und Häufigkeit der Teilnahme an Veranstaltungen wichtige Faktoren für das Verständnis eines inhaltlichen Zusammenhangs zwischen beiden Aktivitätsformen bilden. Eine eindeutige, aber eher triviale Interpretation dieses Zusammenhangs ergibt sich, sobald zwischen Organisationen, die politische Positionen vertreten, und solchen, die dies nicht tun, unterschieden wird (Verba et al. 1995: 375).

Vor dem Hintergrund dieser kurzen Zusammenfassung der empirischen Literatur kann somit die allgemeine Schlussfolgerung gezogen werden, dass soziale Partizipation und politisches Engagement fast immer direkt und positiv miteinander verbunden sind. Soziale und politische Beteiligung verhalten sich also als wechselseitige *Ergänzung* bzw. wie *Zwillinge* zueinander. Dies scheint besonders für Wahlverhalten und andere konventionelle Formen der Partizipation zu gelten, während soziale Beteiligung auf weniger institutionalisierte politische Aktivitäten in geringerem Maße einwirkt.

4. Partizipation in Deutschland

Zur Überprüfung der aufgestellten These stehen für Deutschland die ALLBUS-Studien zur Verfügung. Eine umfangreiche Liste sehr unterschiedlicher Formen politischer und sozialer Partizipation ist 1988 und 1998 in diese Studien aufgenommen worden. Auf Grund der obigen Interpretation der Verknüpfungen von sozialer und politischer Partizipation werden keine Unterschiede zwischen verschiedenen Teilen Deutschlands (oder zwischen verschiedenen Kulturen im Allgemeinen) erwartet. Die verfügbaren Interpretationen basieren alle auf nicht-spezifischen Einflüssen und Effekten, wie z.B. die Entwicklung von Fähigkeiten, die Erweiterung von sozialen Kontakten sowie der Mangel an Zeit, sich an mehreren Aktivitäten zu beteiligen. Dagegen sind sowohl die genutzten Beteiligungsformen als auch das Niveau der Beteiligung von spezifischen historischen und kulturellen Entwicklungen bestimmt. Insbesondere im Hinblick auf die völlig unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den alten und den neuen Bundesländern seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist kaum zu erwarten, dass die Partizipationsformen in beiden Teilen Deutschlands gleich sind. Genau weil der Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Beteiligung hier im Vordergrund steht, sollten beide Varianten des Engagements auf geeignete, d.h. für die alten und neuen Bundesländer auf äquivalente und nicht notwendigerweise auf identische Weise operationalisiert werden. Nur so können die *spezifischen*

historischen und kulturellen Kontexte berücksichtigt werden, und nur so ist es möglich, zur gleichen Zeit die *allgemeinen* Aussagen über den Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Beteiligung empirisch zu überprüfen.

Im Prinzip ist die Vorgehensweise einfach: zunächst werden in beiden Teilen des Landes Indikatoren für politische und soziale Beteiligung konstruiert und anschließend werden dann die Beziehungen zwischen politischer und sozialer Partizipation genauer betrachtet. Dabei handelt es sich hier immer um Antworten bezüglich der tatsächlichen Aktivitäten der Befragten, denn „political engagement and willingness to do an activity may be highly correlated with political activity, but they are not measures of political activity“ (Brady 1999: 737).

4.1 Politische Partizipation

In jeder Theorie demokratischer Entscheidungsprozesse spielt die Beteiligung der Bürger eine zentrale Rolle: „Without (citizen participation) there would be no democracy“ (Parry et al. 1992: 4). Dabei ist jedes Handeln dann als politische Partizipation zu betrachten, wenn die politische Bedeutung dieser Aktivitäten sichtbar oder zu erwarten ist.⁴ Eine derartig umfassende Definition ist für moderne Gesellschaften allerdings problematisch, da die enge Verflechtung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, privaten und politischen Bereichen es fast unmöglich macht, dass soziales Handeln ohne politische Relevanz bleibt. In der Partizipationsforschung beschränkt man den Begriff deswegen auf individuelle Beteiligungsakte oder im Allgemeinen auf „... alle Tätigkeiten (...), die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995: 521). Traditionelle Beispiele sind die Beteiligung an Wahlen, Kontakte mit Politikern oder die Unterstützung eines bestimmten Kandidaten. Nachdem auch in West-Deutschland Anfang der 70er Jahre eine ‚partizipatorische Revolution‘ stattgefunden hat, gehören nun auch Aktivitäten wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder Verkehrsblockaden zum Beteiligungsrepertoire des Bürgers (Barnes, Kaase et al. 1979; Kaase 1984; Bürklin 1992). Da vielen dieser Beteiligungsformen inzwischen hohe Legitimität zugesprochen wird, ist eine *a priori* Unterscheidung zwischen Formen politischer Partizipation analytisch elegant, empirisch jedoch nur schwer durchzuhalten. Die 1988 und 1998 in den ALLBUS-Studien genutzte Operationalisierung des Begriffes ‚politische Partizipation‘ lässt die unterschiedliche Herkunft, Bedeutung oder Akzeptanz der Partizipationsformen allerdings völlig außer Betracht. Die Befragten werden

4 Siehe für einige allgemeine Überblicke zur Konzeptualisierung des Begriffes ‚politische Partizipation‘ u.a.: Milbrath and Goel (1977), Uehlinger (1988), Parry et al. (1992), Kaase (1992a, 1992b, 1995) und insbesondere Brady (1999).

gebeten, für eine Reihe unterschiedlicher politischer Aktivitäten zu sagen, ob sie sich schon einmal daran beteiligt haben. (Die genauen Formulierungen und Randverteilungen der ALLBUS 1998-Frage sind im Anhang dieses Bandes dokumentiert.)

Die 1988 und 1998 angegebenen politischen Aktivitäten sind in Tabelle 1 aufgelistet. Die Beteiligungsformen „aus Protest nicht an Wahlen teilnehmen“, „aus Protest eine andere Partei wählen als die, der man nahe steht“ und „Teilnahme an einer Verkehrsblockade“ sind erst 1998 in die Studie aufgenommen worden. Für alle anderen Formen politischer Partizipation sind das Niveau der Beteiligung in West- und Ost-Deutschland sowie die Änderungen seit Ende der 80er Jahre in der Tabelle zusammengefasst. Aus dieser Tabelle geht hervor, dass „sich an Wahlen beteiligen“ noch immer die am meisten genutzte Form politischer Partizipation ist. Nur das sehr allgemeine „seine Meinung sagen im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz“ wird ebenfalls von einer Mehrzahl der Bürger bejaht - alle anderen Formen politischer Partizipation betreffen eindeutig Minoritäten unter der Bevölkerung und manche Formen werden kaum angewandt. Wenn wir die Wahlen außer Betracht lassen, führt diese wohl sehr breite Definition des Begriffes ‚politische Partizipation‘ dazu, dass sich etwa drei Viertel der Bevölkerung an mindestens einer der Aktivitäten beteiligt hat. Seit 1988 hat sich diese Situation kaum geändert, lediglich die Beteiligung an Unterschriftensammlungen ist deutlich in der Popularität gestiegen. Bemerkenswerte Unterschiede zwischen Ost- und West-Deutschland sind für 1998 allerdings nicht festzustellen. Offensichtlich hat sich - zumindest in diesem Punkt - die Annäherung der politischen Kulturen in den beiden Landesteilen weiter fortgesetzt (siehe van Deth 1997b oder Gabriel 1999). Im Hinblick auf die erwartete historische und kulturelle Abhängigkeit der gewählten spezifischen Beteiligungsformen sowie des Niveaus der Partizipation ist dieses Ergebnis sicherlich bemerkenswert.

Die Analyse politischer Partizipation richtet sich meist nicht auf spezifische Aktivitäten wie Unterschriftensammlungen oder Unterstützung einer Partei, sondern auf allgemeinere Konzeptualisierungen, wie z. B. ‚konventionelle Partizipation‘, ‚direct action‘ oder ‚communal activities‘.⁵ Zur Reduzierung und Systematisierung der 16 verschiedenen Formen politischer Partizipation (für 1998) wurde zunächst eine explorative Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Diese Analyse führte tatsächlich zur Aufdeckung einer latenten Struktur politischer Beteiligung, wobei für West-Deutschland eine eindeutige Struktur für 8 der 16 Partizipationsformen gefunden wurde. Obwohl diese Itemreduktion nicht unbedingt beeindruckend ist, entstehen vor allem dann große Probleme, wenn wir die Ergebnisse zwischen den alten und neuen Bundesländern vergleichen. Die Strukturierung politischer Partizipation ist in

5 Die Vorschläge zur Systematisierung der Formen politischer Partizipation reichen von Milbraths ‚Pyramide‘ bis zu Fuchs‘ ‚Typen politischen Handelns‘. Siehe van Deth (1997b: 294) für einen kurzen Überblick der Literatur in diesem Bereich.

Tabelle 1: Politische Partizipation in West- und Ost-Deutschland, 1988 und 1998
(tatsächliche Beteiligung in Prozent der gültigen Angaben)

	West-Deutschland		Ost-Deutschland	
	ALLBUS 1988 jema- ls betei- ligt	ALLBUS 1988 jema- ls betei- ligt seit 1996	ALLBUS 1988 jema- ls betei- ligt seit 1996	ALLBUS 1998 jema- ls betei- ligt seit 1996
- an Wahlen beteiligen	84	60	77	36
- aus Protest nicht an Wahlen beteiligen	-	2	7	2
- aus Protest andere Partei wählen	-	2	7	3
- Meinung sagen	71	63	66	54
- öffentliche Diskussionen	23	10	26	14
- Mitarbeit Bürgerinitiative	12	3	6	4
- Mitarbeit Partei	5	2	3	2
- Kandidaten unterstützen	5	1	2	0
- Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	3	1	3	1
- Teilnahme an genehmigter Demonstration*	11	6	16	7
- Unterschriftensammlung*	26	19	37	24
- Verkehrslockade	-	1	1	0
- Hausbesetzungen	1	0	0	0
- Krach schlagen bei Demonstrationen	0	0	0	0
- Gewalt gegen Personen	0	0	0	0
- politische Gegner einschüchtern	1	0	0	0
- beteiligt an mindestens einer der Aktivitäten	90	76	83	64
- beteiligt an mindestens einer der Aktivitäten (ohne Wahlen)	77	62	72	56
- durchschnittliche Beteiligung (ohne Wahlen)	1,6	1,0	1,6	0,9
- Streuung der Beteiligung (ohne Wahlen)	1,6	1,1	1,5	1,1
- (N)	3052	1969	935	841

*Antwortkategorien in ALLBUS 1988 dichotomisiert in ‚beteiligt‘ und ‚nicht beteiligt‘
Quelle: ALLBUS 1988 und ALLBUS 1998

beiden Teilen des Landes sehr unterschiedlich und von mehr oder weniger ähnlichen Zusammenhängen kann überhaupt nicht die Rede sein. Diese Ergebnisse bilden klare Hinweise auf gravierende Unterschiede zwischen den politischen Kulturen in beiden Teilen Deutschlands, welche offensichtlich kaum zum Ausdruck kommen, wenn einfache deskriptive Analysen - wie in Tabelle 1 - durchgeführt werden.

Damit bei der notwendigen Reduzierung der Items nicht zu viel Information verloren geht und die Unterschiede zwischen Ost- und West-Deutschland in den Vordergrund gerückt werden können, wurde anstatt des Hauptkomponentenmodells ein kumulatives Skalierungsmodell angewandt. Dieses Modell entspricht ziemlich genau der Frage: „How far are you prepared to go?“ (Marsh 1977: 48). Tabelle 2 gibt die Ergebnisse der Skalierungsanalyse der 16 Partizipationsformen im Westen und Osten Deutschlands 1998 wieder. Für West-Deutschland finden wir zwei, für Ost-Deutschland drei Skalen, die dem so genannten ein-dimensionalen, stochastischen und kumulativen Modell von Mokken (1971) entsprechen. Es handelt sich hier um eine stochastische Variante des so genannten ‚Guttman-Modells‘ für dichotome Daten. Die Grundidee ist, dass Befragte, welche sich an ‚schwierigen‘ Aktivitäten beteiligt haben, eine viel höhere Chance haben, sich auch schon an ‚einfacheren‘ Aktivitäten beteiligt zu haben, als andere Befragte. Die Einstufung der Aktivitäten als mehr oder weniger ‚schwierig‘ findet statt auf Grund der Zahl der Befragten, die an den verschiedenen Partizipationsformen beteiligt waren: je geringer diese Zahl, desto ‚schwieriger‘ ist diese Aktivität offensichtlich. Bei der Anwendung des Mokken-Modells springen die Unterschiede zwischen den beiden Teilen des Landes sofort ins Auge. In West-Deutschland 1998 ist politische Partizipation offensichtlich von einer Zweiteilung in *Aktionen* einerseits und auf *Wahlen bezogene* Aktivitäten andererseits charakterisiert. In Ost-Deutschland finden wir insgesamt drei Skalen, in die aber nicht alle 16 Items eingehen. Auch hier umfasst die erste Skala Aktionen, jetzt aber einschließlich der Beteiligung an Wahlen. Diese erste Skala wird hier als *bürgerliche Beteiligung* bezeichnet. Eine zweite Skala betrifft die eher *organisationsgebundenen Beteiligungsformen* in entwickelten repräsentativen Demokratien (Bürgerinitiative, Unterstützung von Partei oder Kandidaten). Schließlich bilden zwei klare nicht-konventionelle Items eine dritte Skala des *politischen Protests*.

Im unteren Abschnitt der Tabelle 2 sind die wichtigsten Merkmale der fünf Skalen zusammengefasst. Die beiden Hauptformen politischer Partizipation werden in West-Deutschland von 47 bzw. 88 Prozent der Befragten genutzt. Von dem umfangreichen Katalog der *Aktionen* wird im Durchschnitt jedoch kaum mehr als eine einzige Form tatsächlich genutzt. In Ost-Deutschland zeigt nur die erste Skala substantielle Beteiligung (82%); die beiden anderen Hauptformen betreffen eindeutig die Aktivitäten eines sehr geringen Teils der Bevölkerung. Zur weiteren Analyse wurden fünf additive Skalen auf

der Basis der Anzahl der jeweils genutzten Formen politischer Beteiligung gebildet.⁶ Selbstverständlich erschwert der Einsatz unterschiedlicher Indikatoren in Ost- und West-Deutschland einen Vergleich zwischen beiden Teilen des Landes. Dies ließ sich allerdings nicht vermeiden, da politische Partizipation im Osten und Westen offensichtlich unterschiedlich strukturiert ist und empirische Validität hier Vorrang vor analytischer Rigidität haben sollte.

4.2 Soziale Partizipation

Wie in Abschnitt 2 schon angedeutet, wird Beteiligung an sozialen Aktivitäten allgemein als eine wichtige Voraussetzung des Funktionierens moderner Gesellschaften betrachtet. Insbesondere im Rahmen von Theorien gesellschaftlicher Modernisierung und sozialer Integration gelten Vereine und Verbände als notwendige Verknüpfung zwischen primären Gruppen wie Familien einerseits und staatlichen Institutionen und Behörden andererseits. Die Relevanz dieser Organisationen ist mittlerweile auf funktionalistische, idealistische, kommunitaristische, progressive, konservative, strukturalistische und ideologische Weise begründet worden (siehe van Deth 1997a). In Aufsätzen jüngeren Datums spielt die Wiederentdeckung Alexis de Tocquevilles eine besondere Rolle (Putnam 1995a und 1995b).

Im Hinblick auf die zentrale Bedeutung des Begriffes ‚soziale Partizipation‘ ist es erstaunlich, dass es hier nur sehr wenig systematische Betrachtungen, aber eine Vielfalt unterschiedlicher Konzeptualisierungen gibt.⁷ Diese Vielfalt entspricht zweifellos dem bunten und breiten Spektrum gesellschaftlicher Organisationen, das vom lokalen Skatverein bis zum ADAC reicht. Wie bei politischer Partizipation sollten wir uns auch hier auf individuelle Beteiligungsakte beschränken, die einen freiwilligen Charakter haben. Folglich kann der Begriff ‚soziale Partizipation‘ definiert werden als alle Tätigkeiten, die Bürger freiwillig innerhalb sozialer Organisationen unternehmen. Traditionelle Beispiele sind die Mitgliedschaft im erwähnten Skatverein oder in Interessengruppen wie dem ADAC. Auch im Bereich sozialer Partizipation zeichnen sich in den letzten Jahren deutliche Veränderungen ab, da konventionelle Vereine und Verbände ihren Platz mit ‚cheque book organizations‘ wie Greenpeace teilen müssen (Jordan and Maloney 1997). Bezüglich dieser

6 Wie zu erwarten, sind die Hauptformen politischer Partizipation eindeutig positiv korreliert ($r = 0,33$ in West-Deutschland und $0,33$ für die beiden ersten Skalen in Ost-Deutschland). Die dritte Skala in Ost-Deutschland zeigt viel geringere Zusammenhänge ($r = 0,10$ mit der ersten Skala und $0,05$ mit der zweiten Skala). Die besondere Position dieser dritten Skala kommt auch in der geringen Signifikanz ($p = 0,08$) des letztgenannten Koeffizienten zum Ausdruck.

7 Siehe für einen umfangreichen Überblick der Literatur und die unterschiedlichen Ansätze Zimmer (1996) und für Betrachtungen über den „Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie“ Schuppert (1997).

Veränderungen und der Frage, ob soziale Beteiligung denn zurückgehe (die ‚Dissoziation als Charakteristikum der Moderne‘), gibt es innerhalb der empirischen Sozialforschung derzeit keinen Konsens.⁸

Für die Registrierung sozialer Beteiligung wird in den ALLBUS-Studien 1988 und 1998 folgende allgemeine Frage nach der Mitgliedschaft gestellt:

„Sind Sie derzeit Mitglied einer Organisation oder eines Vereins?
Gehen Sie bitte diese Liste durch und sagen Sie mir, wo Sie Mitglied sind.“⁹

Die für diese Frage genutzte Liste der Organisationen und Vereine ist Tabelle 3 zu entnehmen. Erfasst werden 12 verschiedene Organisationen von Gesangsvereinen und Sportvereinen bis hin zu Bürgerinitiativen und der Alternative, andere Vereine oder Verbände zu erwähnen. Bevor wir diese Ergebnisse genauer anschauen, sind zwei Randbemerkungen erforderlich. Erstens sind die Fragen nach der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sowie in Gruppen wie Friedens- und Umweltschutzgruppen nicht in diesen Katalog im Fragebogen aufgenommen worden. Da die Beteiligung in diesen beiden Typen von Organisationen allerdings einfach aus den Antworten auf andere Fragen geschlossen werden kann, umfasst Tabelle 3 eine Liste von insgesamt 14 verschiedenen Organisationen, Vereinen und Verbänden. Allerdings könnte man auch den politischen Aspekt dieser hinzugefügten Organisationen betonen und sie somit eher als Formen politischer Beteiligung statt sozialer Beteiligung auffassen. Diese Interpretation sollte bei der Beurteilung der empirischen Ergebnisse nicht übersehen werden; zunächst hat jedoch der Charakter der Aktivitäten Vortritt vor dem Ziel. Eine zweite Bemerkung betrifft genau den Charakter der Aktivitäten. Der Begriff ‚soziale Partizipation‘ ist hier beschränkt auf die Mitgliedschaft als der wohl einfachsten Form der Beteiligung innerhalb dieser Organisationen. Diese Messung hat insbesondere Konsequenzen für die Verknüpfung von sozialer und politischer Partizipation, wenn sich z.B. die soziale Beteiligung auf die Beitragszahlung beschränkt. Frühere Studien legen allerdings nahe, dass eine Differenzierung der Intensität der sozialen Partizipation kaum Einfluss hat für das Niveau der politischen Beteiligung (van Deth 1996).

Zunächst geht aus Tabelle 3 hervor, dass von einem allgemeinen Rückgang sozialer Beteiligung in West-Deutschland nicht die Rede sein kann. Die Mitgliederzahlen sind zwischen 1988 und 1998 für professionelle Verbände und Hobby-Vereine leicht gestiegen und nur für gesellige Vereine rückläufig.

8 In einer Veröffentlichung jüngeren Datums bemerkt Ladd: „If you want to know a major league baseball player’s batting average against left-handed pitchers in games completed after 11:00 p.m., you can get it in a flash. But if you want to document what’s been happening to associational membership, be prepared to spend a lot of time assembling the material yourself“ (1999: 15-6).

9 Der Text dieser Frage wurde dem ALLBUS 1998 Fragebogen entnommen (Frage S54).

Tabelle 3: Mitgliedschaft in Organisationen und Verbänden in West- und Ost-Deutschland, 1988 und 1998 (derzeitige und frühere Mitglieder in Prozent der gültigen Angaben)

	<i>West-Deutschland</i>		<i>Ost-Deutschland</i>	
	ALLBUS 1988 aktuell Mitglied	ALLBUS 1998 aktuell Mitglied	ALLBUS 1998 früher Mitglied	ALLBUS 1998 früher Mitglied
- Gewerkschaft, Berufs- oder Unternehmensverband*	20	23	-	20
- Friedens-, Umweltschutzgruppe, usw.*	-	2	3	1
- Gesangsverein	6	5	6	2
- Sportverein	24	25	19	11
- sonstige Hobby-Vereine	6	9	4	4
- Heimat- und Bürgerverein	5	6	2	1
- sonstige gesellige Vereine	9	6	3	0
- Vertriebenen- oder Flüchtlingsverbände	1	1	1	1
- Wohlfahrtsverbände/Kriegsopferverbände	3	4	1	1
- kirchlicher/religiöser Verein	3	3	2	1
- Jugendorganisation oder Studentenverband	1	1	3	0
- Politische Partei	3	2	1	2
- Bürgerinitiative	1	2	1	1
- andere Vereine oder Verbände	6	6	2	6
- Mitglied von mindestens einer Organisation	53	55	34	39
- durchschnittliche Zahl der Mitgliedschaften	0,9	1,0	0,5	0,5
- Streuung der durchschnittlichen Zahl	1,1	1,2	0,8	0,8
- (N)	3039	2205	2144	1021
				1003

*Antwortkategorien dichotomisiert in ‚Mitglied‘ und ‚kein Mitglied‘

Quelle: ALLBUS 1988 und ALLBUS 1998

Im Großen und Ganzen überwiegt jedoch der Eindruck von Stabilität: etwas mehr als die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung ist Mitglied in zumindest einer Organisation. Für Ost-Deutschland fehlen allerdings Ende der 80er Jahre erhobene Umfragedaten und es stehen nur die eigenen Angaben der Befragten über ihre ‚früheren‘ Mitgliedschaften zur Verfügung. Im Hinblick auf die veränderte politische und soziale Position von Jugendorganisationen und politischen Parteien ist es kaum überraschend, dass die Mitgliederzahlen dieser Organisationen stark zurückgegangen sind. Insgesamt ist die soziale Partizipation im Osten Deutschlands 1998 niedriger als im Westen. Diese Schlussfolgerung betrifft sowohl die einzelnen Formen sozialer Beteiligung als auch die Gesamtzahl der Mitgliedschaften in beiden Teilen des Landes.

Für eine Analyse des Zusammenhangs zwischen politischer und sozialer Beteiligung wäre eine Reduzierung der Formen sozialer Partizipation sicherlich sehr hilfreich. Auch wenn häufig so verfahren wird, scheint eine einfache Addition der Mitgliedschaften nicht angemessen zu sein. Die Liste der Organisationen ist sehr heterogen und es gibt keinen Grund, jedem Typ von Organisationsmitgliedschaft den gleichen Einfluss auf einen additiven Wert für soziale Partizipation zuzurechnen. Allerdings haben bisherige Analysen auch gezeigt, dass es kaum möglich ist, die Liste der Mitgliedschaften auf einige klare Hauptformen wie z.B. ‚Sport- und gesellige Vereine‘ oder ‚Interessenvertretungen‘ zu reduzieren.¹⁰ Für die 1998 zur Verfügung stehenden Angaben der Befragten über ihre Mitgliedschaft wurde zunächst eine explorative Hauptkomponentenanalyse durchgeführt, aus der kaum eine Reduzierung der Daten resultierte. Wichtiger ist jedoch, dass die gefundenen Dimensionen - auch nachdem verschiedene Rotationsmethoden angewandt wurden - keine klare Interpretation ermöglichen. Die Unterschiede zwischen Ost- und West-Deutschland sind außerdem nicht auf die Zahl der Hauptkomponenten beschränkt, sondern es finden sich auch hier große Unterschiede bezüglich der latenten Strukturen der Items in beiden Teilen des Landes. Auch in der sozialen Beteiligung der Bürger in beiden Teilen Deutschlands zeigen sich also klare Unterschiede; Unterschiede, welche sich offensichtlich nicht nur auf die Nutzung einzelner Partizipationsformen beschränken, sondern auch die latente Struktur dieser Beteiligungsformen betreffen.

Obwohl die Mitgliedschaft in unterschiedlichen Vereinen und Verbänden auf Grund der Frage: „How far are you prepared to go?“ nicht direkt zu charakterisieren ist, wurde auch hier geprüft, ob die Angaben der Befragten einem ein-dimensionalen, kumulativen Skalierungsmodell entsprechen. Das ist eindeutig *nicht* der Fall. In West-Deutschland bilden nur die Mitgliedschaften in professionellen Organisationen und politischen Parteien eine

10 Zu den sehr wenigen Versuchen, empirisch begründete allgemeine Dimensionen des Begriffes ‚soziale Beteiligung‘ aufzudecken, gehören die Analysen von Wessels (1997) und van Deth und Kreuter (1998).

Skala - keines der anderen 12 Items kann zur Ergänzung dieser Skala oder zur Bildung anderer Skalen genutzt werden. Auch für Ost-Deutschland ergibt sich eine Skala, die lediglich aus zwei Items besteht. Hier ist es jedoch die Mitgliedschaft in Heimat- und Bürgervereinen, die mit der Mitgliedschaft in politischen Parteien zusammenfällt. Auch im Osten des Landes sind die Angaben für die anderen 12 Items nicht für eine weitere Reduzierung der Daten zu nutzen.

Offensichtlich ist die Mitgliedschaft in unterschiedlichen Vereinen und Verbänden nicht mit Hilfe einiger Hauptformen oder -typen zusammenzufassen. Dieses Ergebnis entspricht anderen Befunden zu sozialer Partizipation (van Deth und Kreuter 1998); überraschend sind allerdings die klaren Unterschiede zwischen beiden Teilen eines Landes. Folglich werden für die weitere Analyse die 14 Einzelindikatoren sozialer Partizipation verwendet.

5. Soziale und politische Beteiligung: empirische Ergebnisse

Nachdem Indikatoren zu unterschiedlichen Formen sozialer und politischer Beteiligung gebildet wurden, kann nun die zentrale Frage dieses Beitrages in den Vordergrund rücken: wie sieht der Zusammenhang zwischen beiden Hauptformen gesellschaftlicher Aktivität aus? Ein erster Hinweis auf einen positiven Zusammenhang ergibt sich, wenn die Korrelation zwischen sozialer und politischer Partizipation anhand der jeweiligen Anzahl genutzter Partizipationsformen festgestellt wird. In West-Deutschland ist dieser Zusammenhang ($r = 0,35$) etwas stärker als in Ost-Deutschland ($r = 0,31$). Diese Ergebnisse sagen selbstverständlich kaum etwas aus, da sie die unterschiedlichen Strukturen sozialer und politischer Beteiligung, welche in Abschnitt 4 präsentiert wurden, nicht berücksichtigen. Außerdem kann es sich hier um Scheinkorrelationen handeln. Eine empirische Überprüfung des Zusammenhangs zwischen sozialer und politischer Partizipation sollte auf den im vorangegangenen Abschnitt gebildeten Skalen basieren und mögliche Einflüsse anderer Faktoren berücksichtigen. Zu diesen potentiellen Einflüssen gehören die Determinanten individueller Beteiligung, wie sie sich in mehreren Jahrzehnten der Partizipationsforschung bewährt haben.¹¹ Da diese Faktoren hier ausschließlich als Kontrollvariablen genutzt werden und keine umfassende Analyse der Determinanten von Beteiligung vorgesehen ist, werden nur die wichtigsten Faktoren in die Analysen aufgenommen. Zu diesen Faktoren gehören einerseits sozial-strukturelle Merkmale (wie Geschlecht, Alter und

11 Siehe für Überblicke dieser Literatur insbesondere Milbrath und Goel (1977), Verba et al. (1995), Parry et al. (1992) oder van Deth (1997b).

Bildung)¹² und andererseits sozial-kulturelle Merkmale (wie subjektives politisches Interesse, Links-Rechts-Selbsteinstufung und postmaterialistische Wertorientierungen).

Die möglichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Formen gesellschaftlicher Beteiligung sind effizient zu überprüfen, wenn eine der Formen als abhängige Variable bezeichnet wird und die andere Form als Prädiktor benutzt wird. Da politische Partizipation auf zwei bzw. drei Hauptformen reduziert werden konnte, ist zunächst diese Art gesellschaftlicher Aktivität als abhängige Variable gewählt worden.¹³ Zunächst werden Einflüsse sozial-struktureller und sozial-kultureller Faktoren zur Erklärung des Niveaus politischer Beteiligung herangezogen und erst *danach* werden die verschiedenen Formen sozialer Beteiligung in das Modell aufgenommen. Auf diese Weise entsteht eine eher konservative Einschätzung des Zusammenhangs zwischen sozialer und politischer Partizipation. Nur wenn soziale Partizipation zu einer Erklärung auf der Basis sozial-struktureller und -kultureller Faktoren etwas hinzufügen kann, wird dies als Indikator eines möglichen Zusammenhangs zwischen beiden Formen der gesellschaftlichen Aktivität akzeptiert.

Tabelle 4 präsentiert die Ergebnisse logistischer Regressionen in Ost- und West-Deutschland. Die dritte, rein ostdeutsche Skala für politischen Protest bleibt hier außer Betracht. Für diese Messung kann ausschließlich auf Grund der sozial-strukturellen Faktoren ein signifikantes Modell gebildet werden. Weder politische Orientierungen noch soziale Partizipation tragen etwas zur Erklärung dieser spezifischen Form politischer Partizipation in Ost-Deutschland bei. In beiden Teilen des Landes ist für die anderen Partizipationsformen nur ein Prädiktor durchweg von Bedeutung: das Niveau politischen Interesses hängt mit jeder Variante der politischen Partizipation positiv zusammen. Dieses Ergebnis ist natürlich kaum überraschend, da die meisten Menschen sich für die Dinge interessieren, an denen sie sich beteiligen, bzw. sich an Dingen beteiligen, für die sie sich auch interessieren. Interessant sind die Ergebnisse bezüglich einzelner Formen sozialer Beteiligung. In jedem der vier Modelle ist eine substantielle Erhöhung der erklärten Varianz zu beobachten - in Ost-Deutschland sogar eine Verdopplung dieses Wertes.

12 Zu diesen Faktoren gehört natürlich auch das Einkommen der Befragten. Wegen des hohen Anteils fehlender Angaben zu dieser Frage bleibt dieser Faktor hier außer Betracht. Nachdem Geschlecht, Alter und Bildung berücksichtigt sind, ist der Einfluss des Einkommens als relativ gering zu betrachten.

13 Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, sind die Werte für jede der fünf Partizipationsskalen sehr schief verteilt, mit nur wenig Befragten in den höheren Bereichen. Damit diese Verteilungsmerkmale die späteren Ergebnisse nicht beeinflussen, wird für jede Skala eine Dichotomisierung durchgeführt (1 = beteiligt an einer oder mehreren Aktivitäten; 0 = nicht beteiligt an einer der Aktivitäten oder fehlende Angaben). Außerdem wird auf OLS-Regressionsschätzungen verzichtet.

Diese zusätzliche erklärte Varianz geht allerdings auf unterschiedliche Formen sozialer Beteiligung zurück. Politische Aktionen hängen im Westen mit der Beteiligung in verschiedenen Vereinen und Verbänden zusammen. Dazu gehören nicht nur - wie erwartet - Mitgliedschaften in ‚politischen‘ Organisationen wie Gewerkschaften, Friedensgruppen und Bürgerinitiativen, sondern auch Mitgliedschaften in Gesang- und Sportvereinen. Die auf Wahlen orientierte Beteiligung zeigt einen wesentlich geringeren Einfluss sozialen Engagements, jedoch spielen auch hier nicht-politische Organisationen wie Sportvereine eindeutig eine Rolle. Die Ergebnisse für Ost-Deutschland sind weitaus schwieriger zu interpretieren. Die bürgerliche Beteiligung ist hier stark *negativ* von der Tatsache beeinflusst, ob man Mitglied eines Vertriebenen- oder Flüchtlingsverbandes ist. Organisationsgebundene politische Beteiligung ist offensichtlich viel deutlicher von einer Beteiligung in Bürgerinitiativen und Heimat- und Bürgervereinen abhängig, steht aber auch mit der Mitgliedschaft in geselligen Vereinen und ‚anderen‘ Vereinen oder Verbänden in Zusammenhang. Die Einflüsse von sozialer Beteiligung auf politische Beteiligung sollten jedoch im Osten Deutschlands zurückhaltend interpretiert werden, da es sich insbesondere bei Vertriebenen- und Heimatvereinen um geringe Mitgliederzahlen handelt. Die wichtigste Schlussfolgerung ist vielleicht, dass Beteiligung an mehreren eindeutig nicht-politischen Organisationen im Westen durchaus positiv mit politischer Beteiligung verbunden ist, während das im Osten kaum wahrnehmbar ist. Offensichtlich zeigen sich hier die Konsequenzen einer jahrzehntelangen Trennung der sozialen und politischen Bereiche in den neuen Bundesländern. Die ‚Alienated Niche Society‘ (Roßteutscher 2000) ist noch immer nicht ganz verschwunden.

Allen Unterschieden zwischen Ost- und West-Deutschland zum Trotz ist es offensichtlich, dass soziale und politische Partizipation durchweg positiv zusammenhängen und keine Alternative zueinander bilden. Allerdings trifft diese Schlussfolgerung so nur auf bestimmte Formen sozialer und politischer Beteiligung zu. Die Mitgliedschaften in politischen Parteien oder Jugendvereinen spielt z.B. keine Rolle, nachdem sozial-strukturelle und -kulturelle Faktoren berücksichtigt sind. In West-Deutschland zeigen insbesondere auch nicht-politische Organisationen wie Sport-, Hobby- und gesellige Vereine positive Einflüsse auf politische Partizipation. In Ost-Deutschland hängt nur die organisationsgebundene politische Partizipation positiv mit der Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen zusammen. Bürgerliche Beteiligung ist im Osten abhängig vom Niveau des politischen Interesses und für einige Bürger auch von der Frage, ob man *kein* Mitglied eines Vertriebenen- oder Flüchtlingsverbandes ist. Bemerkenswert ist schließlich, dass in beiden Teilen des Landes nur dann akzeptable Werte für die Anpassungsgüte (‚fit‘) der Modelle erreicht werden, wenn es möglich ist, verschiedene Formen sozialer Partizipation zu berücksichtigen.

Tabelle 4: Prädiktoren politischer Partizipation in West- und Ost-Deutschland 1998 (logistische Regression; Betakoeffizienten; nur signifikante Koeffizienten ($p \leq 0,05$) eingetragen)

	<i>West-Deutschland</i>		<i>Ost-Deutschland</i>	
	Aktionen	Wahlen	bürgerliche Beteiligung	organisationsgeb. Beteiligung
<i>sozial-strukturelle Variablen:</i>				
- Geschlecht (M = 1; F = 2)	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
- Alter (18-97)	-0,01	n.s.	n.s.	n.s.
- Bildung (1-5)	0,32	0,19	n.s.	n.s.
<i>sozial-kulturelle Variablen:</i>				
- subjektives politisches Interesse (1-5)	0,48	0,25	0,20	0,43
- links-rechts Platzierung (1-10)	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
- Mat.-Postmaterialismus (M = 4; PM = 1)	-0,33	-0,28	n.s.	n.s.
<i>soziale Partizipation:</i>				
- Gewerkschaften, Berufsverbände	0,27	n.s.	n.s.	n.s.
- Friedensgruppe usw.	1,29	n.s.	n.s.	n.s.
- Politische Partei	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
- Bürgerinitiative	1,09	n.s.	n.s.	2,40
- Gesangverein	0,50	n.s.	n.s.	n.s.
- Sportverein	0,55	0,81	n.s.	n.s.
- sonstige Hobby-Vereine	0,62	0,98	n.s.	n.s.
- Heimat- und Bürgerverein	0,68	1,15	n.s.	2,69
- sonstige gesellige Vereine	n.s.	n.s.	n.s.	1,47
- Vertriebenen- oder Flüchtlingsverbände	n.s.	n.s.	-2,87	n.s.
- Wohlfahrts-/Kriegsopferverbände	0,94	n.s.	n.s.	n.s.
- kirchlicher/religiöser Verein	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
- Jugend- oder Studentenverband	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
- andere Vereine oder Verbände	0,49	n.s.	n.s.	1,20
- sozial-strukturelles Modell*	14,7	3,0	1,5	4,1
- sozial-strukturelles + kulturelles Modell*	23,9	6,1	2,8	14,2
- komplettes Modell*	30,4	10,2	6,8	31,3
- (N)	1964	1964	942	942

*Nagelkerke-R² (in %)

Quelle: ALLBUS 1998

Sind soziale und politische Partizipation nun Ergänzungen oder Zwillinge? Obwohl diese Frage auf Grund der in Tabelle 4 zusammengefassten Ergebnisse nicht eindeutig zu beantworten ist, scheint es klar, dass nur bestimmte Formen der politischen Partizipation mit bestimmten Formen sozialer Beteiligung positiv zusammenhängen. Die Vorstellung, es handele sich hier um Zwillinge, ist daher sicher zu weit gegriffen. Diese Schlussfolgerung konnte

man bereits aus den erwähnten bivariaten Korrelationskoeffizienten zwischen der Anzahl der genutzten sozialen bzw. politischen Aktivitäten ziehen. Die weiteren Analysen haben allerdings gezeigt, dass diese Verknüpfung auch zutrifft, wenn angemessene Operationalisierungen (d.h.: nicht-identische) Indikatoren für soziale und politische Beteiligung in den alten und neuen Bundesländern angewendet werden. Obwohl soziale und politische Partizipation offensichtlich positiv miteinander verknüpft sind, gibt es gravierende Unterschiede in den spezifischen Formen, dem Niveau und der Strukturierung der Formen des Engagements in Ost- und West-Deutschland. Auch mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung sind die beiden politischen Kulturen noch immer klar voneinander getrennt.

6. Fazit

Eine enge Verknüpfung zwischen sozialer und politischer Beteiligung wird allgemein als eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren moderner Demokratien angesehen. Die hier präsentierten empirischen Ergebnisse für die Situation in Ost- und West-Deutschland 1998 bestätigen diese Aussage im Großen und Ganzen. Auch wenn Einflüsse sozial-struktureller und -kultureller Faktoren neutralisiert werden, sind klare positive Zusammenhänge zwischen sozialer und politischer Partizipation empirisch nachweisbar. Ein eindeutiger negativer Zusammenhang zwischen beiden Formen gesellschaftlichen Engagements ist nur für bestimmte politische Aktionen und für Mitgliedschaft in Vertriebenen- oder Flüchtlingsverbänden in Ost-Deutschland zu erkennen. Diese ‚Ausnahmen‘ weisen allerdings darauf hin, dass die allgemeine These vom Positivzusammenhang von den empirischen Ergebnissen nicht uneingeschränkt unterstützt wird. Politische und soziale Beteiligung hängen durchaus eng miteinander zusammen, allerdings müssen sowohl die Formen politischer Partizipation als auch die Formen sozialer Beteiligung in ihrem spezifischen kulturellen Kontext berücksichtigt werden.

Eine zweite Schlussfolgerung aus den hier präsentierten Analysen betrifft die noch immer sehr deutlichen Unterschiede zwischen den politischen Kulturen in Ost- und West-Deutschland. Fast ein Jahrzehnt nach dem Mauerfall zeigen die Formen und Niveaus gesellschaftlicher Aktivitäten in beiden Teilen des Landes noch immer erhebliche Unterschiede. Dabei ist insbesondere die stark differierende Strukturierung der spezifischen Partizipationsformen überraschend. Während sich in West-Deutschland eine klare Zweiteilung zwischen aktionsorientierten und auf Wahlen orientierten Beteiligungsformen abzeichnet, ist in Ost-Deutschland eine viel weniger klare Gliederung wahrnehmbar. Bedenkt man schließlich den eher geringen Einfluss sozialer Beteiligung auf bürgerliche Formen politischer

Partizipation, so funktionieren Vereine und Verbände in den neuen Bundesländern kaum als ‚Schule der Demokratie‘. Eine weitere Konvergenz der politischen Kulturen wird wohl ein sehr langfristiges Unternehmen sein.

Literatur

- Almond, Gabriel A., Sidney Verba, 1963, *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Barnes, Samuel H., Max Kaase et al., 1979, *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills: Sage.
- Brady, Henry E., 1999, Political Participation. In: John P. Robinson, Phillip R. Shaver, Lawrence S. Wrightsman (Hg.), *Measures of Political Attitudes*. San Diego: Academic Press, 737-801.
- Bürklin, Wilhelm P., 1992, Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung. In: Karl Starzacher (Hg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund-Verlag, 18-39.
- Dahl, Robert A., 1961, *Who Governs? Democracy and Power in an American City*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Deth, Jan W. van, 1996, Voluntary Associations and Political Participation. In: Oscar W. Gabriel, Jürgen Falter (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Frankfurt: Peter Lang, 389-411.
- Deth, Jan W. van, 1997a, Introduction: Social Involvement and Democratic Politics. In: Jan W. van Deth (Hg.), *Private Groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations and Political Involvement in Representative Democracies*. London: Routledge, 1-23.
- Deth, Jan W. van, 1997b, Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier? In: Oscar W. Gabriel (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 291-319.
- Deth, Jan W. van, Frauke Kreuter, 1998, Membership of Voluntary Associations. In: Jan W. van Deth (Hg.), *Comparative Politics. The Problem of Equivalence*. London: Routledge, 135-155.
- Ellison, Christopher G., B. London, 1992, The Social and Political Participation of Black Americans. In: *Social Forces*, 70, 681-701.
- Fiorina, Morris P., 1999, Extreme Voices: A Dark Side of Civic Engagement. In: Theda Skocpol, Morris P. Fiorina (Hg.), *Civic Engagement in American Democracy*. Washington, DC.: Brookings Institutions Press, 395-425.
- Gabriel, Oscar W., 1999, Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 9, 827-862.
- Hirschman, Albert O., 1979, *Shifting Involvements: Private Interest and Public Action*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Jordan, Grant, William Maloney, 1997, *The Protest Business? Mobilizing Campaign Groups*. Manchester, New York: Manchester University Press.

- Kaase, Max, 1984, The Challenge of the ‚Participatory Revolution‘ in Pluralist Democracies. In: *International Political Science Review*, 5, 299-318.
- Kaase, Max, 1992a, Politische Beteiligung. In: Manfred G. Schmidt (Hg.), *Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder*. München: C. H. Beck, 339-346.
- Kaase, Max, 1992b, Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser, Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*. Opladen: Leske + Budrich, 145-160.
- Kaase, Max, 1995, Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hg.), *Wörterbuch Staat und Politik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 521-527.
- Ladd, Everett C., 1999, *The Ladd Report*. New York: Free Press.
- Lazarsfeld, Paul M., Bernard Berelson, Hazel Gaudet, 1948, *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Leighley, Janet E., 1992, *Attitudes, Incentives and Opportunities: Group Membership and the Mobilization of Political Participation*. Chicago, Ill.: Paper prepared for delivery at the 1991 annual meeting of the Midwest Political Science Association, 9-11 April.
- Marsh, Alan, 1977, *Protest and Political Consciousness*, Beverly Hills: Sage.
- Milbrath, Lester W., Madan L. Goel, 1977, *Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics*. Chicago: Rand McNally.
- Mokken, Robert J., 1971, *A Theory and Procedure of Scale Analysis. With Applications in Political Research*. Den Haag: Mouton & Co.
- Olsen, Marvin E., 1972, Social Participation and Voting Turnout: A Multivariate Analysis. In: *American Sociological Review*, 37, 317-333.
- Olson, Mancur, 1965, *The Logic of Collective Action*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Opp, Karl-Dieter, Christiane Gern, 1993, Dissident Groups, Personal Networks, and Spontaneous Cooperation: The East German Revolution of 1989. In: *American Sociological Review*, 58, 659-680.
- Parry, Geraint, George Moysier, Neie Day, 1992, *Political Participation and Democracy in Britain*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pollock, Philip H. I., 1982, Organizations as Agents of Mobilization: How Does Group Activity Affect Political Participation. In: *American Journal of Political Science*, 26, 485-503.
- Putnam, Robert D., 1995a, Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy*, 6, 65-78.
- Putnam, Robert D., 1995b, Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America. In: *Political Science and Politics*, 28, 664-683.
- Roßteutscher, Sigrid, 2000, Competing Narratives and the Social Construction of Reality: The GDR in Transition. In: *German Politics*, 9, 61-82.
- Schuppert, Gunnar, 1997, Assoziative Demokratie. Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie. In: Ansgar Klein, Rainer Schmals-Bruns (Hg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Baden-Baden: Nomos, 114-152.
- Siisiäinen, Martti, 1992, Social Movements, Voluntary Associations and Cycles of Protest in Finland 1905-91. In: *Scandinavian Political Studies*, 15, 21-40.
- Uehlinger, Hans-Martin, 1988, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik: Strukturen und Erklärungsmodelle*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, Henry E. Brady, 1995, *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Mass./London, England: Harvard University Press.
- Verba, Sidney, Norman Nie, 1972, *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row.
- Wessels, Bernhard, 1997, Organizing Capacity of Societies and Modernity. In: Jan W. van Deth (Hg.), *Private Groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations and Political Involvement in Representative Democracies*. London: Routledge, 198-219.
- Zimmer, Annette, 1996, *Vereine - Basiselemente der Demokratie: Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich.